

„Schon nahe am Pogrom“

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit kommen jetzt in der DDR ungehindert zum Ausbruch, das alte SED-Regime hatte die Ressentiments nur notdürftig unterdrückt.

Mangelwirtschaft und nationalistische Stimmungen schüren den Fremdenhaß gegen Vietnamesen, Polen und andere Minderheiten. Gewalttaten nehmen zu.

Die Antwort des Passanten im Ost-Berliner Stadtbezirk Friedrichsfelde klang auffallend gehässig: „In die Mellenseestraße wollen Sie? Also, bis zum Tierpark und dann immer den Vietnamesen nach.“

An der Mellenseestraße steht eines der größten Ausländergettos der DDR. Hunderte von Vietnamesen und Mo-

sambikanern leben in den winzigen Zimmern der zehnstöckigen Wohnsilos, streng getrennt von den Wohnbezirken der DDR-Bürger. Nur im Schutz der Dunkelheit begegnen sich die Kulturen – auf dem illegalen Strich mit vietnamesischen Frauen und deutschen Freiern.

Tagsüber will hier niemand mit den „Fidschis“ (DDR-Jargon) zu tun haben.

Afrikanische Arbeiter werden als „Brikketts“ angepöbelt. „Ausländer raus!“ brüllte die Menge auch bei den letzten Leipziger Montagsdemos.

Rechtsradikale Schlägertrupps verprügeln schwarze Studenten. Und in den Geschäften wird dunkelhäutigen Kunden die Ware verwehrt. „Wir lassen uns nicht aufkaufen“, zeterete eine Verkäuferin am Ost-Berliner Alexanderplatz, „jetzt sind wir das Volk.“

Seit der Wende dringt ein finsterner Bodensatz von Vorurteilen ans Licht der DDR-Öffentlichkeit: Ausländerfeindliche Parolen, antisemitische und rassistische Hetze – seit Jahrzehnten tabu und doch im verborgenen höchst lebendig – kommen ungehindert zum Ausbruch. Mit dem SED-Regime verschwindet das Phantom des proletarischen Internationalismus, das über 40 Jahre hinweg den Nationalismus und Fremdenhaß der Bürger nur notdürftig übertüncht hatte.

In tiefster Provinz, im sächsischen Riesa, dokumentierte ein Kamerateam des ZDF fast unglaubliche Ausbrüche von Intoleranz. Ausländer seien „die größten, faulsten Schweine“, gab ein etwa 18jähriger DDR-Bürger zu Protokoll; eine junge Frau assistierte, die Fremden würden „sich aufführen, als wären sie die Größten“ und außerdem „die Weiber hier alle wegnehmen“. Ein Mittzwanziger empfahl allen Ernstes: „Das Viehzeug muß ausgerottet werden, ohne zu zucken.“

Vor zwei Jahren schon wurde ein Gastarbeiter aus Mosambik in der Nähe von Riesa von einem deutschen Kollegen aus dem fahrenden Zug gestoßen. Der Täter, nach kurzer Haftzeit entlassen und von jeder Einsicht unberührt, glaubt nun, „daß ausländische Bürger uns die Arbeitsplätze wegnehmen“.

Mit dem Kommando „Schnell raus!“ hetzte die Belegschaft eines Ost-Berliner Geschäfts kürzlich eine schwangere Polin vor die Tür. Und in Forst machten aufgebrachte DDR-Bürger Jagd auf ein vietnamesisches Mädchen, das in der örtlichen Kaufhalle Fleisch und Reis erstanden hatte. „Du kaufst unsere Läden leer“, lautete der Vorwurf der Verfolger. Wenig später schwamm die Tasche der



DDR-Freundschaftstreffen mit Namibiern*: „Schöne Reden gehalten“



Wandschmiererei in Leipzig: „Wir haben das jahrelang totgeschwiegen“

* Im Februar 1987 beim Abschluß der Facharbeiterausbildung für Bergleute aus Namibia im Bezirk Halle.

Vietnamesin in der Weiße. „Das ist schon nahe am Pogrom“, klagt Dieter Graßmann, ein Deutschlehrer für vietnamesische Arbeiter in Weimar. „Zorn, Trauer und Enttäuschung“ empfindet auch Almuth Berger, 46, die neue Ausländerbeauftragte der DDR (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 106). „In den Schulen“, erklärt Almuth Berger, „ist viel zu wenig über Rassismus, Antisemitismus und über die Feindseligkeit anderen Nationen gegenüber gesprochen worden.“

Der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, 47, bekennt: „Wir haben jahrelang die Tatsache, daß es solches Gedankengut gibt, einfach totgeschwiegen.“ Der sogenannte Antifaschismus sei der SED zwar „heilig“ gewesen, doch von der alten Staatspartei nie im Bewußtsein der Bürger verankert worden.

Nicht einmal die Zahl der im Lande lebenden Ausländer durfte zu Erich Honeckers Zeiten in den DDR-Medien veröffentlicht werden. Insgesamt sind es derzeit etwa 160 000, die meist aufgrund von bilateralen Verträgen in die DDR geschickt wurden, um dort den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Davon kommen etwa 60 000 aus Vietnam, 14 000 aus Mosambik, 10 000 aus Kuba und 6500 aus Polen sowie 5000 Studenten aus den sozialistischen Ländern in Europa und Übersee.

Die Ausländer bekommen den Fremdenhaß keineswegs erst seit der Wende zu spüren, die Öffentlichkeit nahm davon bis dahin nur keine Notiz. Pierre, ein in Berlin lebender Sudanese, berichtete vor einigen Wochen im DDR-Blatt

* Auf dem Baugelände des Kernkraftwerks.

Sonntag: „Seit 10 Jahren passe ich auf, daß ich nicht allein im Zugabteil sitze, daß ich nicht nach 23.00 Uhr einen Fußgängertunnel benutzen muß, daß ich um Kneipen einen Bogen mache und nicht gerade Straßenbahn fahre, wenn ein Fußballspiel zu Ende ist.“

Das SED-Regime hat diese und andere Auswirkungen der Ausländerfeindlichkeit geflissentlich übersehen. Aus ideologischen Gründen hatte es den Haß gegen Minderheiten zudem selber entfacht. Zuerst bekamen das die jüdischen Mitbürger zu spüren, die 1953 bei einer großen Säuberung aller Staats- und Parteigremien von dem „Gesindel der Zionisten und Trotzlisten“ an den Pranger gestellt wurden.

Hunderte von jüdischen DDR-Bürgern verloren damals ihre Ämter und mußten das Land verlassen. Ein exakter Trennungsstrich zwischen dem Antizionismus, also der Kritik an der israelischen Expansionspolitik, und dem Antisemitismus ist den SED-Ideologen seither nie gelungen.

Im vergangenen Dezember, zum Beispiel, mußte die jüdische Gemeinde Adass Jisroel „bereits den vierten antisemitischen Angriff gegen unseren Gemeindefriedhof binnen weniger als einem Jahr“ beklagen. Und nicht eine einzige Grabschändung, so die Gemeinde, sei von den DDR-Behörden bisher aufgeklärt worden.

Auch in den DDR-Medien hält sich das Interesse an einer Aufarbeitung von Antisemitismus und Fremdenhaß in Grenzen. Im Januar meldete zwar die *Ost-Berliner Zeitung*: „Nicht selten waren in diesen Wochen empörte oder auch tränenerstickte Stimmen in gebrochenem Deutsch am Redaktionstelefon

Deutschland im Wahljahr – kritische Fragen, unbequeme Antworten

Heiner Geißler



Zugluft

Politik in
stürmischer
Zeit

C. Bertelsmann

Wider den Ungeist der kurzlebigen politischen Lippenbekenntnisse stellt sich Heiner Geißler den entscheidenden Streitfragen um die Zukunft unserer Gesellschaft: Kann Politik sich nach der Vertrauenskrise der letzten Jahre noch auf Ethik berufen? Können die Deutschen diesseits und jenseits der Grenze eine gemeinsame Zukunft finden? Wie wollen wir morgen leben? Seine Antworten sind ehrlich und unbequem.

320 Seiten. DM 39,80

C. Bertelsmann **CB**



Vietnamesischer Arbeiter in Stendal*: „Psychose der Feindseligkeit“

zu hören, die berichteten, wie ihnen das halbe Pfund Wurst oder das eine Paar Damenstrümpfe wieder aus dem Einkaufskorb genommen worden war.“ Doch „solche Beispiele“, beruhigte das Blatt seine Leser, „scheinen mehr oder weniger der Vergangenheit anzugehören“.

Mit neuen Berichten über „verschärfte Ausländerfeindlichkeit“ mußte das DDR-Blatt seine voreilige Entwarnung inzwischen korrigieren. Neben Asiaten und Afrikanern sind Polen die Hauptleidtragenden der Intoleranz. Die Nachbarn aus dem Osten nutzen das relativ bessere Warenangebot in der DDR und ziehen damit Mißgunst und Ressentiments auf sich.

„Freundschaftliche Kontakte zu uns interessieren die Polen nicht“, meint etwa Hannelore Kettmann, eine Näherin aus der sogenannten Wilhelm-Pieck-Stadt Guben am Unterlauf der Neiße. Die Polen, glaubt die 46jährige, „kommen nur zum Arbeiten und Einkaufen“. Seit einem halben Jahr suche sie in den Geschäften erfolglos nach einem Staubsauger. Kettmann: „Die Polen kaufen alles auf, um damit drüben oder in West-Berlin zu handeln und zu schachern.“

Wolfram Schulz, evangelischer Stadtpfarrer in Guben, führt solche Antipathien auf politische Ursachen zurück: „Jahrzehntlang waren Kontakte hinüber nach Polen von Regierung und Partei nicht erwünscht.“ Gerade in den achtziger Jahren habe Ost-Berlin alles getan, „um sich vor dem Solidarność-Bazillus abzuschotten“. Schulz: „Wie soll sich da Freundschaft entwickeln?“

Eine „Psychose der Feindseligkeit gegen die Polen“ hat die Solidarność-Zeitung *Gazeta wyborca* in der DDR ausgemacht. Das Blatt berichtet von „brutaler Behandlung“ polnischer Kunden in Geschäften jenseits der Grenze. Tatsächlich sind den meisten DDR-Bürgern die wirtschaftlichen Ursachen des Problems – durch Subventionen gedrosselte Preise im eigenen Land sowie äußerst knappe Löhne in Polen – völlig unbekannt oder gleichgültig.

Ähnliche Vorurteile werden auch anderen Nationalitäten gegenüber gepflegt. Der Senegalese Bara Sarr studiert im dritten Jahr Germanistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und weiß aus Erfahrung: „Die Leute denken, wir leben auf ihre Kosten.“ Doch von den 1123 ausländischen Studenten in Leipzig erhalten genau 50 ein Solidaritätsstipendium der DDR, für alle übrigen kassiert der Staat pro Jahr und Person 6000 bis 10 000 Dollar.

Vietnamesen und Mosambikanern wird vorgehalten, sie würden aus purer Raffgier DDR-Produkte erwerben und in die Heimat verschleppen. In der Tat ist das – im Vergleich zur Heimat – brei-

te Warenangebot eines der wichtigsten Motive für den auf fünf Jahre befristeten Zuzug dieser ausländischen Arbeiter. Der Zoll gestattet jedem die Ausfuhr von zwei Mopeds und fünf Fahrrädern – wovon denn auch regelmäßiger Gebrauch gemacht wird.

Unter den Einheimischen rufen solche Regelungen Neid und Überreaktionen hervor. Die Geschäfte in kleinen Städten wie Werdau, Zwickau oder Auerbach praktizieren bereits willkürliche Mengenbegrenzungen: Mehr als ein halbes Kilo Fleisch, fünf Flaschen Bier und ein Beutel Reis werden an ausländische Kunden nicht abgegeben.

Wovon die Bürger bisher jedoch kaum Kenntnis genommen haben, sind die miserablen – und an sich schon wieder ausländerfeindlichen – Bedingungen, unter denen Vietnamesen und Kubaner, Angolaner, Chinesen und Mosambikaner in der DDR leben müssen. Teile des Lohnes werden von den Entsendeländern mal ganz einbehalten oder erst in der Heimat ausgezahlt. Und Frauen, die schwanger werden, haben laut Arbeitsvertrag entweder die Rückreise in die Heimat anzutreten – oder abzutreiben.

Gemeinschaftseinrichtungen und Freizeitangebote fehlen fast überall. In Weimar treffen sich die Gastarbeiter aus Mosambik mangels Alternative im städtischen Bahnhof – in „Klein-Afrika“, wie die Weimarer Bürger lästern. Die einzige Zeitung für 60 000 Vietnamesen in der DDR – ein kleines Falblatt – erscheint einmal im Monat.

Bis zur Wende zeigten Staat und Partei wenig Interesse, die Isolation der Ausländer aufzubrechen. Im Wochenblatt *Sonntag* beschrieb der Weimarer Lehrer Graßmann kürzlich die kümmerliche Wirklichkeit der so gepriesenen Völkerfreundschaft am Beispiel der Parteiorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ):

Sie hat immer zu ihren Jahresbesüfnissen einen Anstandsvietnamesen eingeladen. Der hat sein Statement abgegeben, dann wurde getrunken, und die Vietnamesen haben zu ihrem Revolutionstag am 2. September die dicken Menschen von der FDJ eingeladen. Dann haben sich beide schöne Reden entgegengehalten, dann wurde wieder gesoffen, wie das bei unseren Freundschaftsmeetings so ist, und dann haben sie sich wieder getrennt und wieder ein Jahr nicht miteinander geredet. Die FDJ hat auch hier vollkommen versagt.

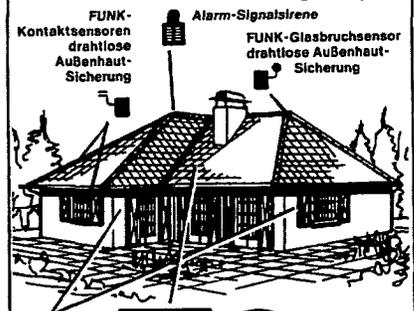
Seit dem vergangenen Dezember entstehen zwar in Dresden, Halle, Leipzig, Ost-Berlin und anderswo internationale Begegnungszentren. Sogar eine „Freundschaftsgesellschaft DDR-Vietnam“ wurde – mit etwa 20 Jahren Verspätung – gegründet. Doch dieser gutgemeinte Aktivismus dürfte am ausländerfeindlichen Alltag vorerst wenig ändern. Die Vietnamesen Tran Quan Lam,

Deutschlands meistgekaufte drahtlose Alarmanlage



SCHARPF-FUNKALARM

- Keine aufwendige Montage.
- Steckdosenanschluß genügt.



Mehrbereichs-FUNK-Alarmzentrale + Automatischer Telefon-Notruf zur Notrufzentrale und indirekter Polizei-Notruf

SCHARPF
DRAHTLOSE
ALARMSYSTEME

SCHARPF Alarmsysteme
Am Siebenstein 2 · 6072 Dreieich
Tel. (06103) 62061 · Telex 414326
Telefax (06103) 66052

Sicherheitscoupon

Schicken Sie mit bitte Ihre kostenlose Scharpf-Funkalarm-Info-Mappe

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

SP 4/90

28, und Tran Van Tu, 26, müssen sich ein kleines Zimmer in einem der Hochhäuser in der Ost-Berliner Mellenseestraße teilen. Das zwischen der DDR und Vietnam abgeschlossene Regierungsabkommen, das im vollständigen Wortlaut erst vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde, schreibt eine Mindestgröße von fünf Quadratmetern pro Person vor. Tran Van Tu und Tran Quan Lam wohnen zu zweit auf sechs Quadratmetern.

Tran Quan Lam ist gelernter Dreher, muß aber im Ost-Berliner Reinigungskombinat Rewatex Wäscheberge bewegen. „Man fragt uns in der DDR nicht nach unseren Gewohnheiten“, beklagt sich der Vietnameser. Einen festen Acht-Stunden-Arbeitsrhythmus kennen seine Landsleute nicht. Die Folge: Nur selten

erfüllen die Vietnamesen die für ein Bruttogehalt von 865 Mark gesetzte Norm.

Von mangelndem Fleiß kann keine Rede sein. Im Süden des Landes, wo etwa 20 000 Asiaten in der Textilindustrie arbeiten, sind bereits ganze Wohnbrigaden geschlossen ins Schneidergewerbe eingestiegen und produzieren nachts heimlich für den schier grenzenlosen DDR-Jeansbedarf. „Bei uns fällt ihnen dann vor Müdigkeit der Kopf auf den Tisch“, klagt die Bereichsleiterin einer Geraer Kammgarnspinnerei.

Da auch den Betroffenen die zwischen der DDR und den Heimatländern geschlossenen Abkommen bisher nicht bekannt waren, konnten die Betriebsdirektoren alle Arbeitsbedingungen diktieren: „Wir müssen oft die gefährlichsten

Tätigkeiten ausüben und werden an gesundheitsschädigenden Arbeitsplätzen ohne Arbeitsschutzmittel und Zuschläge beschäftigt“, schrieb eine Vietnamesin vor kurzem an die Jugendzeitung *Junge Welt*. Das beschuldigte Textilkombinat dementierte knapp, eine Untersuchung der Vorwürfe blieb aus.

Mabele Porto, 24, aus Mosambik, hat das Kapitel DDR jüngst abgehakt. Der Arbeiter, der für das Bau- und Montage-Kombinat Karl-Marx-Stadt schuftete, wird seinen Abschied so schnell nicht vergessen. Als Porto sein Hab und Gut vor dem Haus in eine große Schiffsbox verladen und gerade sein neues Moped verstauen wollte, rempelten ihn drei DDR-Bürger an. Einer zeigte auf die Kiste und schimpfte: „Das ist die richtige Wohnung für euch.“

„Nie zur Toleranz erzogen“

Die DDR-Ausländerbeauftragte Almuth Berger über den Fremdenhaß in ihrem Land

SPIEGEL: Frau Berger, in Leipzig, so meldete kürzlich die *Ost-Berliner Zeitung*, „hat sich die Ausländerfeindlichkeit verschärft. Mehrere lateinamerikanische Studenten mußten nach tätlichen Angriffen von DDR-Bürgern ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Volkspolizei erklärte sich nicht in der Lage, alle Ausländerwohnheime durch spezielle Patrouillen abzusichern, obwohl dort schon Randalierer eingedrungen“ seien. Was löst so eine Meldung in Ihnen aus?

BERGER: Ich reagiere erst mal mit Zorn, mit einem Stück Trauer und vielleicht auch mit Enttäuschung. Das heißt nicht, daß ich Ausländerfeindlichkeit in der DDR nicht vermutet oder erwartet hätte. Ich weiß, daß es sie seit langem gibt. Neu sind nur die Informationen darüber. Und neu ist wohl auch das Ausmaß des Fremdenhasses. Deswegen meine Enttäuschung und meine Wut.

Als wir am 4. November für eine demokratische DDR auf die Straße gegangen sind, da haben wir uns so etwas nicht vorstellen können. Niemand hat geglaubt, daß sich die nationale Welle auch darin ausdrücken würde, daß Menschen anderer Länder und Nationen nicht mehr akzeptiert werden, daß also nationales Denken in Nationalismus oder sogar Rassismus umschlagen könnte.

SPIEGEL: Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder hat diese „nationale Welle“ nur schon bestehende Ressentiments freigelegt, oder sie hat die Ausländerfeindlichkeit erst richtig angeheizt.



Almuth Berger

wurde am 1. März zur ersten Ausländerbeauftragten der DDR ernannt. Die 46jährige arbeitet als Pastorin in der Ost-Berliner Bartholomäus-Gemeinde, wo nicht zuletzt auf ihre Initiative hin bereits 1988 das Ausländerbegegnungszentrum Cabana gegründet wurde. Frau Berger ist mit einem Pfarrer verheiratet, hat drei Kinder und gehört der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ an. Sie wurde kurz vor der Wahl vom Runden Tisch für das mit dem Rang einer Staatssekretärin verbundene Amt nominiert.

BERGER: Das läßt sich schwer trennen, schon weil es kaum seriöse Untersuchungen darüber gibt, wie groß die Ausländerfeindlichkeit in der DDR vor der Wende gewesen ist. Ich weiß aber, daß eine ganze Menge bei uns unter der Decke vorhanden war. Und wir sehen jetzt, wie das alles rauskommt.

Daß diese Feindseligkeiten noch zugenommen haben, erkläre ich mir weniger mit dem nationalen Denken. Das schnelle Tempo der Veränderungen in der DDR hat eine Menge neuer Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung geschaffen; und so etwas entlädt sich auch im Haß gegen Minderheiten.

SPIEGEL: Nach dem ersten öffentlichen Auftreten rechtsextremer Gruppen in der DDR hat die alte SED noch im Januar versucht, eine sogenannte Antifakampagne anzuzetteln – nicht zuletzt wohl, um den Bürgern Angst vor einer Vereinigung mit der Bundesrepublik zu machen. Glauben auch Sie, daß der Einfluß der Republikaner und Neonazis aus dem Westen die Ausländerfeindlichkeit in der DDR gefördert hat?

BERGER: Also gefördert ganz sicher, aber nicht verursacht. Diese Kampagne ist ja auch schon im Ansatz gescheitert. Natürlich haben die Republikaner rechtsextreme Gruppen in der DDR mit viel Material versorgt und unterstützt. Doch diese Einflüsse aus der Bundesrepublik sind wirklich nicht das Entscheidende, die Ursachen liegen tiefer...

SPIEGEL: ... zum Beispiel in der SED selbst? Die Partei hat doch mit ihrem bloß rituellen Antifaschismus über Jahrzehnte hinweg dafür gesorgt, daß sich

Das Gespräch führte SPIEGEL-Redakteur Martin Doerry.